

# Gemeinderat einstimmig für „Nullhalde“

## Stellungnahme der Gemeinde Giesen zu Kaliplänen

VON SEBASTIAN KNOPPIK

**GIESEN.** Der Giesener Gemeinderat hat seine Stellungnahme zur geplanten Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks verabschiedet. Nach zahlreichen Diskussionen und Änderungsanträgen wurde die Stellungnahme schließlich einstimmig beschlossen. Unter anderem enthält sie eine Forderung nach einem Verzicht auf die umstrittene Abraumhalde, die bis zu 70 Meter hoch werden soll.

Die Politiker sprechen sich dafür aus, dass so viel Material wie möglich wieder unter die Erde kommt. „Die Rückstände sind unter Nutzung aller auch technischer Möglichkeiten unter Tage zu verbringen“, heißt es in der Stellungnahme. Die von K+S als unvermeidlich bezeichnete Salzhalde lehnt der Gemeinderat grundsätzlich ab. In der Stellungnahme ist von einer „Nullhalde als anzustrebendes Ziel“ die Rede. Sollte die Halde aber unvermeidbar sein, spricht sich der Rat für einen etwa 50 Meter breiten Grünstreifen entlang der östlichen Haldenseite aus. Dieser soll nicht nur die Halde teilweise verdecken, sondern auch Salzaufblau daran hindern, sich weiter auszubreiten.

Mit der Halde hängt auch ein anderes Problem zusammen, nämlich die Einleitung von salzhaltigem Wasser in Innerste und Leine. In der verabschiedeten Stellungnahme fordert die Gemeinde, dass es zu keiner „weitergehenden Versalzung“ der Leine kommt. Grünen-Fraktionschef Lars Hampel hatte sich für die Formulierung „keiner über die bisherige Salzfracht hinausgehenden Versalzung“ ausgesprochen. Damit sollte ausgedrückt werden, dass sich die tatsächliche Salzmenge nicht erhöht (im Unterschied zu der bislang genehmigten, von K+S aber nicht ausgeschöpften Salzmenge).

Kritisch sieht die Gemeinde auch die von K+S geplanten Zufahrtswege zur geplanten neuen Schachtanlage in Giesen. Von der B 6 aus soll der Weg über den Görbleeksweg, den Lahterwischweg und die Schachtstraße führen. Diese Straßen sind allerdings derzeit noch gar nicht für den Lkw-Verkehr geeignet. „Die Gemeinde Giesen weist darauf hin, dass die Erschließung des Vorhabens durch den Vorhabenträger zu gewährleisten ist und nicht durch die Gemeinde, auch wenn sie der Straßenbaulastträger der bestehenden Straßen ist“, heißt es in der Stellungnahme.

K+S muss für die geplanten Versiegelungen im Sinne des Naturschutzes Ausgleichsflächen ausweisen. Die Gemeinde kritisiert in diesem Zusammenhang, dass K+S hier nur jeweils kleine Grundstücke vorgeschlagen habe, die in der Summe dann die benötigte Fläche ergeben sollen. Die Gemeinde fordert daher, dass die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen „im größtmöglichen Umfang als zusammenhängende Maßnahmen zu realisieren“ sind.

In Bezug auf die Schadstoffausstoße, vor allem durch den Schornstein am Standort Fürstenhall in Ahrbergen, fordert die Gemeinde, dass K+S nicht allein die gesetzlichen Grenzwerte einhalten muss. Der Rat fordert vielmehr die „deutliche Reduzierung der Emissionsbelastung unter das gesetzliche Mindestmaß“. Dabei soll Bergwerksbetreiber K+S den „neuesten Stand der Technik“ verwenden, um den Schadstoffausstoß zu mindern. Außerdem soll das Unternehmen regelmäßig die Emissionen messen und die Ergebnisse einmal im Jahr veröffentlichen. Das Gleiche gilt für die Ergebnisse der Messungen der Bergsenkungen.

Die jeweiligen Messwerte sollen in einem Monitoring zusammengeführt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Gemeinde spricht sich außerdem für die Einrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle aus, die als Ansprechpartner für Bürger zur Verfügung steht.

Ob die von der Gemeinde aufgestellten Forderungen umgesetzt werden, ist offen. Im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren muss das Landesbergamt die von der Gemeinde und von anderen Kommunen und Institutionen vorgebrachten Anregungen sowie die Interessen von K+S gegeneinander abwägen. Das Bergamt entscheidet dann schließlich über die Auflagen für den Betrieb des Bergwerks.

SPD-Ratscherr Bernd Westphal betonte im Anschluss an die Verabschiedung der Stellungnahme noch einmal, dass der Rat grundsätzlich für das Projekt sei. „Ich finde das sehr positiv, dass wir bei dieser grundsätzlichen Haltung bleiben.“ Westphal hob die positiven Auswirkungen der Wiederinbetriebnahme hervor. Bürgermeister Andreas Lücke hingegen betonte die Folgen für die Bürger der Gemeinde: „Wir müssen an die Menschen denken, die hier wohnen.“